

Politische Bildung als europäisches Problem – Europa als Problem der politischen Bildung

Zur europäischen Dimension der politischen Bildung

Wolfgang Sander

1. Schwierigkeiten mit der europäischen Dimension der politischen Bildung

Europäische Aspekte der politischen Bildung gehören nicht zu den Themen, die derzeit in der politischen und pädagogischen Diskussion auf ein breites Interesse stoßen. In der politischen Öffentlichkeit ist von der Europabegeisterung der Nachkriegszeit kaum noch etwas zu spüren: „Europa“ erscheint vielen Bürgern heute als eine ferne Bürokratie, die mit schwer durchschaubaren, dem Laien gelegentlich grotesk erscheinenden Problemen zu kämpfen hat. In der Schule gilt Europa gemeinhin als schwieriges Thema, das nicht selten in die letzten Schuljahre verbannt und unter dem Stichwort „internationale Beziehungen“ mehr schlecht als recht abgehandelt wird. Da Sachstruktur und Terminologie des Themenbereichs Europa kompliziert sind und – auf den ersten Blick jedenfalls – mit dem Erfahrungsbereich der Schüler schwer vermittelbar scheinen, besteht bei vielen Lehrern die Neigung, sich am Gerüst der Institutionenkunde durch diesen Themenbereich zu hangeln. Es gibt kaum Anlaß zu der Annahme, daß die „große Besorgnis“, mit der die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in einer Stellungnahme aus dem Jahr 1978 den sachlich und didaktisch unbefriedigenden Zustand der europäischen Bildung in den europäischen Schulen beobachtete¹, heute weniger angebracht wäre. In der Bundesrepublik hat die ebenfalls 1978 beschlossene Empfehlung der KMK zum Thema „Europa im Unterricht“² nur wenig an diesem Zustand ändern können. So kommt eine Analyse fast aller Lehrpläne für Sozialkunde, Geschichte und Geographie (Sekundarstufen I und II) in der Bundesrepublik aus dem Jahr 1981 zu dem Ergebnis, daß in der Mehrzahl der Lehrpläne „die Integrationsthematik höchst unsystematisch über Fächer und Schulstufen verstreut angesiedelt ist“ und daß „die Darbietung des Themenbereichs häufig politikwissenschaftlichen und didaktischen Anforderungen nicht gerecht“ wird³. Aber auch in der Politischen Didaktik, also in dem Bereich der pädagogischen Theoriebildung, den das Problem einer europäischen Bildung zuallererst angeht, ist die Beschäftigung mit europäischen Aspekten der politischen Bildung ein Thema, das zwar von einer kleinen Zahl von Theoretikern engagiert bearbeitet und vertreten wird, das aber insgesamt doch eher am Rande der didaktischen Diskussion angesiedelt ist. Angesichts dieser Defizite im Bereich der europäischen Bildung kann es nicht überraschen, daß sich – nach einer Umfrage aus dem Jahr 1982 – 62 % der Bundesbürger über Aufgaben und Ziele der Europäischen Gemeinschaft unzureichend informiert fühlen⁴.

Die folgenden Überlegungen gehen von der These aus, daß diese Randstellung der europäischen Thematik nicht nur ihrer Bedeutung nicht gerecht wird, sondern in einem fundamentalen Sinn unserer historischen Situation unangemessen ist. Theorie und Praxis der politischen Bildung können heute ohne eine Reflexion ihrer europäischen Dimension nicht mehr sachgerecht konzipiert werden. Diese europäische Dimension ist für die politische Bildung unter zwei, miteinander verbundenen Aspekten von Bedeutung:

1. Die grundlegenden *konzeptionellen* Probleme einer demokratischen politischen Bildung und ihrer Institutionalisierung in den Schulen stellen sich in den westeuropäischen Ländern in vergleichbarer Weise. Dies schlägt sich in vergleichbaren Entwicklungstendenzen der politischen Bildung in Westeuropa nieder.
2. Eine Vielzahl von zentralen Unterrichtsthemen für politische Bildung läßt sich ohne die Berücksichtigung des europäischen Kontextes nicht mehr sachgerecht im Unterricht erörtern. Die europäische Dimension muß daher auch für die inhaltliche Gestaltung des politischen Unterrichts als ein konstitutives Element betrachtet werden.

Im folgenden werden einige knappe Hinweise zur Begründung und Erläuterung dieser These gegeben. Ferner werden Anregungen zu einer Europäisierung der politischen Bildung als Konsequenz aus ihrer europäischen Dimension zur Diskussion gestellt.

2. Entwicklungstendenzen der politischen Bildung in Westeuropa

Trotz aller nach wie vor bestehender Unterschiede in den gesellschaftlich-politischen Strukturen und in den Bildungssystemen der westeuropäischen Länder lassen sich gemeinsame Merkmale im Entwicklungsprozeß der politischen Bildung feststellen. Zwar gehört politische Bildung im Sinne eines Unterrichtsprinzips insbesondere im Religions- und im Geschichtsunterricht seit jeher zu den Aufgaben der Schule. Als selbständiges Unterrichtsfach, zumal mit der Intention einer *demokratischen* Erziehung für alle Bürger, ist politische Bildung aber ein relativ junges Element in den schulischen Curricula. Erst in den letzten 10 bis 20 Jahren kam es – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlichem Erfolg – in den meisten westeuropäischen Ländern zu ernsthaften Versuchen, ein selbständiges Unterrichtsfach der politischen Bildung in der Schule neu zu etablieren oder traditionell etablierte Fächer mit der Perspektive einer demokratischen politischen Bildung neu zu konzeptionieren⁵. Die Einsicht, daß Politik Lehrgegenstand der Schule sein muß, weil junge Menschen nicht als Demokraten geboren werden und weil demokratische Einstellungen und Verhaltensweisen in Lernprozessen vermittelt werden müssen, führte zu der Forderung nach einem politischen Unterricht, der nicht länger als Anhängsel des Geschichtsunterrichts betrachtet oder auf moralische Appelle und institutionenkundliche Kurse beschränkt werden kann. Dieses neue Interesse an politischer Bildung wurde durch eine

Reihe von Entwicklungen begünstigt bzw. ausgelöst, die – wiederum in unterschiedlicher Weise und Intensität – in den westeuropäischen Gesellschaften zu beobachten waren:⁶

- Zunächst ist auf eine allgemeine Tendenz zur Liberalisierung und demokratischen Öffnung der gesellschaftlich-politischen Systeme in den sechziger und siebziger Jahren hinzuweisen. In Griechenland, Portugal und Spanien konnten Diktaturen überwunden werden.⁷ In anderen Ländern stießen, begünstigt durch neue soziale Bewegungen wie etwa die Studentenbewegung der sechziger Jahre, partizipatorische Demokratievorstellungen auf ein breites Interesse.
- Im Bereich der Wissenschaften konnten sich die Sozialwissenschaften als relativ junge Disziplinen etablieren bzw. ihre Position ausbauen. Dies mußte zur Forderung nach einer Repräsentation ihrer Forschungsgegenstände in den Schulcurricula führen. Darüberhinaus haben die Sozialwissenschaften über die politische Sozialisationsforschung Einfluß auf die bildungspolitische Diskussion erlangt. Mit der politischen Sozialisationsforschung wurde die weit verbreitete Vorstellung überwunden, daß Kinder in einem politisch unberührten Raum aufwachsen können und daß Politik eine Angelegenheit sei, die erst für Erwachsene von Bedeutung ist. Ferner ergab eine Reihe von sozialwissenschaftlichen Studien, daß bei der Verankerung demokratischer Überzeugungen und Verhaltensweisen in breiten Bevölkerungsschichten in den westlichen Demokratien beträchtliche Defizite konstatiert werden mußten.
- So war denn auch die Intention, die Erziehung zur Demokratie zu fördern, neben der Absicht, die Schule den ökonomischen Erfordernissen der hochentwickelten Industriegesellschaft anzupassen, ein gewichtiges Motiv der bildungspolitischen Reformbewegung in den sechziger und siebziger Jahren. Diese Reformbewegung fand in den westeuropäischen Ländern insbesondere in der Zurückdrängung der traditionellen humanistischen Bildung, der weitgehenden Durchsetzung koedukativer Schulen, der Gesamtschulbewegung, in einer Humanisierung des Schulklimas (z.B. durch Abschaffung der Prügelstrafe) und eben auch im politischen Unterricht als neuem Fach ihren Niederschlag.
- Schließlich dürfte die Senkung des Wahlalters bei gleichzeitiger Verlängerung der Schulzeit für eine größere Zahl von Schülern dazu beigetragen haben, das Bewußtsein für die Notwendigkeit politischer Bildung in der Schule zu schärfen.

Dennoch ist es bisher nur in sehr begrenztem Umfang gelungen, die politische Bildung in den Curricula der europäischen Schulen angemessen zu verankern. Verglichen mit traditionell etablierten Fächern wie etwa den Naturwissenschaften oder den Sprachen spielt die politische Bildung wohl in den meisten westeuropäischen Ländern eher eine marginale Rolle. So wurde etwa in Portugal der politische Unterricht, der nach der Revolution von 1974 in den Schulen eingeführt wurde, nach drei Jahren wieder aus den Curricula gestrichen.⁸ In England haben entsprechende Kurse zwar relativ weite Verbreitung

in den Schulen gefunden, sind aber zumeist nicht prüfungsrelevant.⁹ In Frankreich wird der politische Unterricht in der Regel von Geschichtslehrern erteilt, die über keine entsprechende Ausbildung verfügen. Aber auch in der Bundesrepublik, in der, bedingt durch die Einrichtung politikdidaktischer Lehrstühle an vielen Universitäten, die Theoriediskussion um die politische Bildung relativ weit fortgeschritten ist, sind die meisten Bundesländer noch weit von der Minimalforderung entfernt, den Politikunterricht wenigstens ab der Sekundarstufe I durchgängig mit mindestens zwei Wochenstunden in den Stundentafeln zu verankern.¹⁰ Die Reihe dieser Beispiele ließe sich fortsetzen.

Erschwerend kommt hinzu, daß zu Beginn der achtziger Jahre in den meisten westeuropäischen Ländern der relative Aufschwung der politischen Bildung wieder stagniert. Dies dürfte zum einen daran liegen, daß die politische Bildung mit wachsender Verbreitung in den Schulen zugleich in die politische Kontroverse geraten ist. Ist politische Bildung „indoctrination on the rates?“ oder „a vital component of modern living?“ – diese beiden Fragen aus der Überschrift eines Artikels im Guardian¹¹ markieren wohl recht treffend eine Kontroverse, die in vielen Ländern um den Status der politischen Bildung geführt wird. Insbesondere in konservativen Kreisen ist die Befürchtung, hier solle durch die Hintertür politische Indoktrination in den Schulen etabliert werden, noch immer virulent. Zum zweiten ist die politische Bildung als junges und noch wenig gefestigtes Fach von den Sparmaßnahmen im Gefolge der wirtschaftlichen Rezession und der sinkenden Schülerzahlen in besonderem Maße betroffen.

Diese strukturell gemeinsame Problemlage legt die Forderung nach einer verstärkten internationalen Kooperation in der weiteren Theorieentwicklung für politische Bildung nahe. Grundlegende didaktische Probleme politischer Bildung wie die Fragen nach den leitenden Zielen und Wertvorstellungen, nach der Widerspiegelung gesellschaftlich-politischer Pluralität im Unterricht, nach dem Verhältnis von Konflikt und Konsens, nach den Auswahlkriterien für Lerninhalte und nach der methodischen Struktur des Unterrichts stellen sich in modernen demokratischen Gesellschaften in prinzipiell gleicher Weise. Aber auch die Probleme, die sich bei der praktischen Durchsetzung und Institutionalisierung der politischen Bildung in den Schulen ergeben, sind, wie anzudeuten versucht wurde, eng mit übernationalen gesellschaftlich-politischen Entwicklungen verbunden.

3. Europa als Themenbereich für politische Bildung

Der zweite Aspekt der europäischen Dimension politischer Bildung betrifft das Problem der Lerngegenstände. Wesentliche Lerninhalte für politische Bildung lassen sich heute nicht mehr ausschließlich auf den nationalstaatlichen Rahmen beziehen. Die europäische Dimension des politischen Unterrichts kann daher nicht auf eine Unterrichtseinheit zum Thema „Europa“ oder gar „Die Europäische Gemeinschaft“ beschränkt werden.¹² Themenbereiche wie Friedenspolitik, wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt, Nord-Süd-

Konflikt und Entwicklungspolitik, nationale Minderheiten und multikulturelle Gesellschaft, Umweltpolitik, übernationale Zusammenschlüsse und Perspektiven einer europäischen Einigung in Ost- und Westeuropa überschreiten von ihrer Sachstruktur her die nationalstaatliche Ebene. Die europäische Thematik ist daher kein Randgebiet, sondern muß als ein zentraler, an verschiedenen Themen immer neu anzusprechender Inhaltsbereich politischer Bildung verstanden werden. Der politische Unterricht muß die Erkenntnis vermitteln, daß Politik heute längst in zentralen Bereichen internationalisiert – und das heißt in unserem historischen und geographischen Kontext ganz wesentlich: „europäisiert“ – ist, auch wenn sich dies nicht notwendigerweise und in allen Aspekten in „europäischer Politik“ im Sinne gemeinsamen politischen Handelns der europäischen Länder niederschlägt.

Die thematische Breite des Gegenstandsbereichs Europa bietet auch vielfältige Anknüpfungspunkte für einen dem Stand der didaktischen Diskussion angemessenen politischen Unterricht. Didaktische Prinzipien wie exemplarisches Lernen, Problemorientierung, Fallprinzip und Schülernähe müssen keineswegs beim Thema Europa zugunsten von Institutionenkunde und lehrgangsmäßigem Unterricht aufgegeben werden. Das europäische Warenangebot im Supermarkt, die Schließung eines Zweigwerks eines europäischen Konzerns, die Konfrontation mit ausländischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik, der Tourismus und seine Folgen, die Verschmutzung von Rhein oder Nordsee – an Themen dieser Art kann den Schülern der europäische Zusammenhang heutiger Politik in didaktisch adäquater Weise erschlossen werden.¹³

Da auch dies grundsätzlich für die politische Bildung in allen westeuropäischen Ländern gilt, sollte eine internationale Kooperation bei der didaktischen Planung solcher Themenbereiche angestrebt werden, die nur im europäischen Kontext sinnvoll diskutiert werden können. Europäisierung der politischen Bildung würde dann nicht allein die Betrachtung des europäischen Zusammenhangs bestimmter Themen meinen, sondern wäre darüberhinaus der Versuch, bei zentralen Inhaltsbereichen politischer Bildung zu übernationalen Gemeinsamkeiten zu kommen.¹⁴

4. Europäisierung der politischen Bildung – Probleme und Perspektiven

Eine solche Europäisierung des politischen Unterrichts hat jedoch nur Aussichten auf Erfolg, wenn den inner- und zwischenstaatlichen Differenzen im Bereich der Europapolitik Rechnung getragen wird. Über das Europa der Zukunft besteht zwischen den Regierungen der EG-Mitgliedsstaaten kein Konsens. Aber selbst wenn ein solcher Konsens bestünde, wäre er zwar als ein wichtiger Lerngegenstand, nicht aber als eine normative Verpflichtung für den politischen Unterricht zu betrachten. Wenn politische Bildung in der demokratischen Gesellschaft auf die politische Mündigkeit der Schüler abzielt, kann sie beim Thema Europa nicht als eine Art affirmative Staatsbürgerkunde auf europäischer Ebene konzipiert werden. Eine europäische politische Bil-

dung darf daher nicht auf eine bestimmte europapolitische Konzeption, etwa auf die der westeuropäischen Integration im Rahmen der EG, festgelegt werden. Sie muß jedoch von der Tatsache der faktischen und aller Wahrscheinlichkeit nach historisch unumkehrbaren europäischen Verflechtung der Politik in Europa ausgehen und deutlich machen, daß die Vorstellung einer völlig autonomen nationalen Politik der europäischen Staaten fiktiv geworden ist. Aber ob und in welcher Weise im Europa der Zukunft die Nationalstaaten fortbestehen werden, ob die Zukunft Europas in der Regionalisierung, der Föderalisierung oder in einem Einheitsstaat liegt, wie eine dauerhafte Friedensordnung in Europa aussehen kann, ob und wie die Blockgrenzen zwischen Ost- und Westeuropa überwunden werden können, welche wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen für die Zukunft Europas erforderlich sind – Fragen dieser Art dürfen nicht vorweg entscheiden, sondern müssen im Unterricht kontrovers erörtert und letztlich einer begründeten Urteilsbildung der Schüler überlassen werden. Das „Überwältigungsverbot“¹⁵ gilt auch für die europäische Dimension der politischen Bildung, es gilt hier sogar insofern in besonderem Maße, als es Voraussetzung ist für die Möglichkeit einer internationalen Kooperation in diesem Bereich.

Konkrete Fortschritte in Richtung auf eine solche Europäisierung der politischen Bildung dürften nur zu erwarten sein, wenn Engagement in diesem Feld nicht in erster Linie von europäischen Institutionen (EG, Europarat) erwartet, sondern von den in der politischen Bildungsarbeit Tätigen selbst erbracht wird. Nicht nur aus Gründen mangelnder rechtlicher Kompetenz, sondern aus prinzipiellen pädagogischen Gründen (Offenheit und Flexibilität der Curricula, Schülernähe, Entscheidungsfreiheit der Lehrer und Mitbestimmung von Schülern und Eltern) können curriculare Fragen auf absehbare Zeit besser auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene als auf der Ebene der europäischen Institutionen entschieden werden. Dies schließt nicht aus, daß diese Institutionen Bemühungen um eine europäische Zusammenarbeit im Bereich der politischen Bildung wirksam fördern können¹⁶; vorrangig muß aber eine Europäisierung der politischen Bildung „von unten“ angestrebt werden. Ansatzpunkte hierfür sind vor allem auf drei Ebenen möglich:

- Der Meinungsaustausch und die inhaltliche Kooperation zwischen den Theoretikern der politischen Bildung aus verschiedenen Ländern muß intensiviert werden. Die in anderen Wissenschaftsdisziplinen längst selbstverständlich gewordene Internationalisierung des Forschungsprozesses steckt in der Politischen Didaktik noch in den Kinderschuhen. Erforderlich ist insbesondere die kooperative Erarbeitung exemplarischer Unterrichtseinheiten und Unterrichtshilfen für europäische Themen. Man darf in diesem Zusammenhang mit großem Interesse dem europäischen Schulgeschichtsbuch entgegensehen, das vom Georg Eckert-Institut in Braunschweig in Zusammenarbeit mit Historikern aus verschiedenen europäischen Ländern erarbeitet wird. Es wäre zu wünschen, daß dieses Projekt den Anstoß für vergleichbare Vorhaben im Bereich der politischen Bildung geben könnte.
- Die Ansätze für eine internationale Zusammenarbeit von Lehrern für politische Bildung im Rahmen von Tagungen und Seminaren sollten verstärkt

gefördert werden. Hierbei sollte jedoch nicht nur an die bisherigen Träger wie etwa die Europäischen Akademien oder den Europäischen Erzieherbund gedacht werden, die schon jetzt in diesem Feld engagierte Arbeit leisten. Denkbar wäre beispielsweise auch, daß im Rahmen von Städtepartnerschaften Initiativen für eine Kooperation von Politiklehrern ergriffen und diese Partnerschaften so in einem wichtigen Bereich mit Leben erfüllt werden.

- Wünschenswert wäre schließlich die Kooperation von einzelnen Schulen oder auch von einzelnen Klassen mit Schulen bzw. Klassen in anderen europäischen Ländern. Denkbar wäre hier etwa der regelmäßige Austausch von Informationen, Materialien und Meinungen zu abgestimmten Themen. Ferner könnte daran gedacht werden, Schüleraustausch, wechselseitige Besuche und Klassenfahrten mit gemeinsamen politischen Lernvorhaben zu verbinden.

Ansätze dieser Art sind mögliche Schritte auf dem Weg zur Europäisierung der politischen Bildung. Daß dies ein langer Weg ist, steht außer Zweifel. Dennoch sind größere und engagiertere Schritte auf diesem Weg dringend vonnöten, wenn die politische Bildung ihrem historisch-politischen Umfeld gerecht werden will.

Anmerkungen

- 1 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Unterricht mit europäischen Bildungsinhalten: Die Europäische Gemeinschaft als Unterrichtsgegenstand an den Schulen der Mitgliedsstaaten. Mitteilung der Kommission an der Rat, KOM (78), 241 endg., S. 3
- 2 Der Beschluß wurde am 8.6.1978 gefaßt. Zur Kritik an diesem Beschluß siehe Annette Kuhn: Literatur. In: *Integration* 4/1978 und Wolfgang W. Mickel: Europa im Unterricht. In: *aus politik und zeitgeschichte*, B 3/1979, S. 7ff.
- 3 Margret Grosjean/Günter Renner: Die europäische Integration in den Rahmenplänen für Unterricht der Länder der Bundesrepublik Deutschland. Schriften des Instituts für europäische Lehrerbildung der Europäischen Akademie Berlin Nr. 1, Berlin 1981, S. 14
- 4 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Gerhard Herdegen: Die Europäische Gemeinschaft in der öffentlichen Meinung: Informationsdefizite und enttäuschte Erwartungen. In: *Integration* 3/1983, S. 95ff.
- 5 Eine gründliche Bestandsaufnahme der Entwicklung und Situation der politischen Bildung in Westeuropa liegt bisher noch nicht vor. Neben zahlreichen Einzelstudien, auf die z. T. in den folgenden Anmerkungen verwiesen wird, können folgende Publikationen zur ersten Orientierung dienen: Politische Bildung im internationalen Vergleich. Thema von Heft 1/1976 der Materialien zur Politischen Bildung; Lernziel: Der mündige Bürger. Politische Bildung in den Schulen der zehn EG-Mitgliedsländer. Schriften des Instituts für europäische Lehrerbildung der Europäischen Akademie Berlin Nr. V, Berlin 1982
- 6 Vgl. hierzu auch: Ian Lister: Why is Civic Education necessary? Hrsg. vom Council of Europe, Straßburg 1981; Willem Langeveld: Political Education: Pros and Cons. In: Derek Heater/Judith A. Gillespie (Hrsg.): Political Education in Flux. London/Beverly Hills 1981
- 7 Vgl. zur Entwicklung der politischen Bildung in diesen Ländern Carmen Fuente/Mercedes Menoz-Repiso: Preparation for Life in five Countries in Southern Europe. Hrsg.

vom Council of Europe, Straßburg 1981; Nikos Papadopoulos: Das politische Geschehen aktiv mitgestalten. Schule und Erwachsenenbildung in Griechenland. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Politische Bildung in Europa. Themenheft 4, Bonn 1984

8 Vgl. Fuente/Menez-Repiso, a.a.O., S. 43

9 So hat eine Untersuchung aus dem Jahr 1980 ergeben, daß damals „80 per cent of secondary and middle schools, and 85 per cent of secondary schools alone claimed to make explicit provision for political education in the curriculum. But how this is done varies. It is only in a minority of schools, though a growing one, that politics takes its place as an academic subject leading to an examination qualification.“ (Guardian vom 15.11.1983) Vgl. im übrigen zum Stand der politischen Bildung in Großbritannien Robert Stradling: Political Education: Development in Britain. In: Heater/Gillespie, a.a.O.

10 Vgl. Kurt Gerhard Fischer: „Viel Lärm um nichts“ – oder: Wie ist es um die Politische Bildung bestellt? In: aus politik und zeitgeschichte, B 44/1981

11 a.a.O. (Anm. 9)

12 Vgl. hierzu insbesondere Wolfgang W. Mickel: Europa im Unterricht, a.a.O., S. 12ff.; ders.: Die „Europäische Dimension“ im Unterricht. Schriften des Instituts für europäische Lehrerbildung der Europäischen Akademie Berlin Nr. IX, Berlin 1984

13 Vgl. u.a. auch die Vorschläge in Günter Renner/Margret Saunders: Teaching Teenagers about Europe. Didactic Instructions and Teaching Suggestions. Schriften des Instituts für europäische Lehrerbildung der Europäischen Akademie Berlin Nr. IV, Berlin 1982

14 Vgl. Kurt Gerhard Fischer: Über die Möglichkeiten einer „Europäisierung“ der Politischen Bildung an Europas Schulen. In: Politische Didaktik, Probeheft, 1975

15 Vgl. Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart 1977, insbesondere S. 179 f

16 Vgl. die Übersicht zu den Initiativen europäischer Institutionen in diesem Bereich bei Wolfgang W. Mickel: Die „Europäische Dimension“ im Unterricht, a.a.O., S. 9 ff.